



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

P/VI/18

22. Januar 1951

Hinweise
auf den Inhalt:

Der Bundesfinanzminister und die Mitbestimmung	S.1
Wie Finnland die Kriegsfolgelasten beglich	S.3
Details zu einer ausgehobenen SED-Versammlung	S.4
Der Justizmord an Flade	S.6
Das Bonner Kommuniqué der SPD	S.7

Wochenendreden

R.D. Wiederholt hat es wegen der Wochenendreden der Bundesminister in Bonn in aussen- und innenpolitischen Fragen Verlegenheiten gegeben und damit dem Bundeskanzler Anlass, in seinem Geschäftsordnungsentwurf für das Bundeskabinett Formulierungen aufzunehmen, die eher einem Maulkorb gleichen als einem Regulativ koordinierter Arbeit. Es bleibt allerdings offen, wie weit jeder solcher vaux pas den Kanzlerwünschen entgegenkommt, der es drängt, die rednerischen Extratouren seiner Minister zugunsten der Ausschliesslichkeit seiner eigenen Meinung zu unterbinden.

An dieser Wochenende hat der Bundesfinanzminister zwar keine der Kanzler- und Kabinettauffassung entgegengesetzten Thesen vertreten, sondern, soweit es das Mineralölsteuergesetz betraf, nur den Versuch unternommen, diese erneute Verteuerung unserer Lebenshaltung für sozial zu erklären. Es klingt ganz populär, wenn man diese Steuer deswegen für "sozial" erklärt, weil sie nicht den Fussgänger oder Radfahrer betrifft, sondern den, der sich ein Auto für 10 000 DM zu kaufen vermag. Man braucht, um glaubhaft zu erscheinen, nur nicht zu erwähnen, dass die Besitzer von Autos, soweit sie nicht öffentliche Bedienstete oder Minister sind, deren Mehrausgaben aus dem Staatsäckel getragen werden, in den weitaus meisten Fällen Erzeuger oder Händler sind, die selbst ihre Privatausgaben für Autos noch auf "Geschäftsunkosten" abschreiben. Am Ende zahlen über diese Geschäftsunkosten

zufolge erhöhter Preise auch diese Mineralölsteuer die Fußgänger und die Radfahrer. Hätte man eine soziale Steuer wählen wollen, so wäre der einzig mögliche Weg dafür die Besteuerung der hohen Einkommen gewesen.

Aber nicht das wird dem Bundeskanzler Sorge gemacht haben, sondern Schäffers Bemerkung zum Mitbestimmungsrecht. Auch damit befand er sich nicht im Gegensatz zur Kabinettsauffassung. Im gleichen Augenblick aber, in dem Gewerkschaftsführer von einer möglichen Verständigung sprechen, in dem der Bundeskanzler sich bemüht, die Sozialpartner an einem Tisch zu halten und das Misstrauen der Gewerkschaften gegen die Kabinetthaltung in dieser Frage zu beseitigen, in diesem Augenblick die wahre Meinung des Kabinetts so deutlich zu interpretieren, dürfte Dr. Adenauer wenig Freude bereitet haben. Schäffer erklärte nämlich, eine Einigung zwischen Gewerkschaften und Unternehmern sei dann möglich, wenn den Unternehmern erspart bleibe, "betriebsfremde" Elemente in die Kontrollorgane der Unternehmen aufnehmen zu müssen. Und gerade das ist einer der Hauptstreitpunkte.

Die bisher in den strittigen Kapitalgesellschaften als Vertretung anonymer Aktionäre in den Generalversammlungen und Aufsichtsräten auftretenden Bankdirektoren und Unternehmer-Syndicis sind fast sämtlich "betriebsfremd", aber dafür finanz- und bilanztechnisch bestens versiert. Sie wollen keinem sachverständigen Arbeitnehmervertreter, sondern dem biederen "Betriebsangehörigen", der sich neben seiner körperlichen Arbeit nicht noch Sachverstand in Spezialfragen aneignen kann, gegenüberstehen und nach dem Entwurf Storchs zum Betriebsverfassungsgesetz auch noch einzeln aussuchen. Aber gerade dagegen auch wollen die Arbeitnehmer ja streiken. Es ist gut zu wissen, dass sich trotz aller Erklärungen zur Beruhigung der Arbeitnehmer die Auffassung des Bundeskabinetts in dieser Frage nicht änderte. Dieses Wissen wird die Gewerkschafter am Verhandlungstisch davor bewahren, sich durch billige, dehnbare Formulierungen die Waffe aus der Hand winden zu lassen, die sie seeben für den Endkampf schärfen.

Den Bundeskanzler und die Unternehmer mag dieses Wissen und seine möglichen Konsequenzen bedrücken. Die Arbeitnehmervertreter aber verdanken diesen Hinweis auf ihre notwendige Aufmerksamkeit wieder einmal einer der so oft beanstandeten Wochenendreden.

+ + + + +

Finnland hat sein Flüchtlingsproblem gelöst

A.W. Als in der finnischen Hauptstadt in der Sylvesternacht die Glocken der "Storkyrkan", der Hauptkirche, die Mitternacht ankündigten, gab es wohl nur wenige Finnen, die nicht mit einem Seufzer der Erleichterung des nun abgeschlossenen sechsten Reparationsjahrs gedachten. Es war mit seinen 18 Monaten das längste und forderte von dem kleinen Land die Lieferung von Waren im Werte von 26,6 Mill. Gold-dollar. Das ist pünktlich an die Sowjets geliefert worden. Finnland hat im Gegenteil noch einen Liefervorsprung von über 5 Mill. Dollar, dadurch entstanden, dass die Sowjets am 1.7.48 die Reparationslast um die Hälfte der noch ausstehenden Lieferungen reduzierten. In diesem Lieferjahr hat Finnland Maschinen und Anlagen für über 10 Mill. und Fahrzeuge für über 15 Mill. Gold-dollar geliefert. Unter den Maschinen befanden sich 60 Dampflokomotiven, 5000 Elektromotoren und insgesamt 137 verschiedene Wasserfahrzeuge. Für die Herstellung der Reparationsgüter mussten die Industrieanlagen grösstenteils erst mit westlicher Hilfe geschaffen werden. Eine soziale Umschichtung ist dadurch in Gang gebracht, innerhalb derer sich z.B. die Metallarbeiter um 100% vermehrt haben. Die Sorge, dass die Industrie nach Erfüllung der Reparationsaufträge keinen Absatz mehr finden könnte, ist durch ein langfristiges Lieferprogramm nach der SU behoben worden.

Das Reparationsproblem muss und wird bis zum 19.9. nächsten Jahres gelöst sein. Eine andere schwere Kriegshypothek wurde bereits getilgt. Es wird heute kaum noch beachtet, dass Finnland über 450 000 Vertriebene unterzubringen hatte. Das waren mehr als 20% der Gesamtbevölkerung, die im September 1944 ihre Heimat aufzugeben gezwungen waren. Heute sind alle diese Flüchtlinge untergebracht und haben ihre Arbeit. Vielleicht könnte man auch in Westdeutschland aus den getroffenen Massnahmen etwas lernen, bestirzt aber aus der Initiative und dem Verantwortungsbewusstsein, mit dem an diese Frage herangegangen wurde. Erleichternd für die Finnen war das Vorhandensein der grossen, noch unkultivierten Waldflächen und der niedrigere Lebensstandard. Auf der anderen Seite gab es manche Schwierigkeiten, die den deutschen ähneln. Auch die Finnen waren z.B. nicht frei in der Verteilung der Vertriebenen auf das ganze Land. In den Teilen mit schwedischer Bevölkerung durfte das Zahlenverhältnis von Schweden zu Finnen nicht verändert werden. Für die nicht betroffene Bevölkerung

brachte der finnische "Lastenausgleich" eine 40% Vermögensabgabe mit sich.

Eine Folge des verlorenen Krieges können die Finnen allerdings nicht so bald beseitigen. Das ist der gewaltige Zaun, der knappe 25 km südwestlich der Hauptstadt ein Gebiet umschliesst, das für 50 Jahre vom finnischen Heimatboden abgetrennt wurde: das sowjetisch besetzte Porkala. Mit dem gegenüberliegenden, befestigten Reval bildet es die Sperre zum Finnischen Meerbusen und damit nach Leningrad. Die ganze Bevölkerung musste aus diesem Gebiet evakuiert werden. Die finnische Eisenbahnlinie, die Porkala berührt, ist zwar nicht unterbrochen worden. Die Finnen können also wohl durch dieses Gebiet fahren. Doch ist das recht aufregend und zeitraubend. Jeder Zug wird vor der Einfahrt in den Bereich verschlossen. Vor allen Fenstern werden absolut dichte Blechplatten befestigt. Und in jedem Wagen ist eine umfangreiche Anordnung angeschlagen, die genau beachtet werden muss. Sie enthält übrigens auch das strikte Verbot, aus dem Zug... Brieftauben aufsteigen zu lassen.

Unter dem Rockaufschlag . . .
=====

(sp) In Hannover wurden von dem sogenannten "Gesamtdeutschen Arbeitskreis für Landwirtschaft und Forsten", einer Hilfsorganisation der SED, unter dem Vorwand des Besuchs der z.Zt. in Hannover durchgeführten Landwirtschaftsausstellung Tagungen abgehalten. Eine Razzia der Polizei zeigte, dass unter den über 400 Teilnehmern sich 149 illegal eingeschuggelte kommunistische Sendlinge aus der Sowjetzone befanden.

Seit Monaten wird in Westdeutschland wieder eine verstärkte Agitation des sogenannten "Gesamtdeutschen Arbeitskreises für Landwirtschaft und Forsten" betrieben. Der Erfolg zeigte sich in dem Besuch der Tagung in Hannover und der Art ihrer Teilnehmer. In besonderer Weise erstreckte sich die Werbung auf solche Landwirte Westdeutschlands, die in der Nazi-Partei waren oder der SA und SS angehört hatten. Die Rückversicherer und die eben gekennzeichneten Personengruppen trugen das Aluminium-Abzeichen des "Arbeitskreises" - eine stilisierte Ähre - nach alter deutscher Art und Sitte unter dem Rockaufschlag. Wohingegen die sowjetzonalen Aktivisten und die westdeutschen Kommunisten selbstverständlich das Abzeichen demonstrativ

zur Schau trugen. Somit waren immerhin eindeutig die Hauptgruppen voneinander zu unterscheiden. Zu sehr bezeichnenden Szenen kam es, als die Polizeibeamten die Namen sämtlicher Teilnehmer notieren wollten. Die Rückversicherer und verschiedene der ehemaligen Nazis baten flehend, davon Abstand zu nehmen. Sie seien "ganz unschuldig" zu dieser Tagung gekommen.

Für die Heranholung der westdeutschen Teilnehmer nach Hannover waren Gruppen von Reisegesellschaften gebildet worden. Jeweilig ein linientreuer männlicher und weiblicher Kommunist war Führer einer Gruppe. Die Hypereleganz der Kleidung dieser Führer stand in so auffälligem Gegensatz zu ihrem sonstigen Aussehen und ihrem Gebaren, dass unzweifelhaft schon danach feststand, welcherlei Geldart für diese Organisationen galt.

Sehr bezeichnend war das Verhalten der sowjetischen Fachwissenschaftler, die fast ausnahmslos zweite oder dritte Garnitur waren. Je kleiner die wissenschaftliche Bedeutung dieser "Kapazitäten" war, um so mehr betonten sie die Vorzüge sowjetischer Praktiken in privaten Gesprächen. Andere schwiegen betreten auf eindeutige Fragen. Sie zeigten zerquälte Gesichter, wichen aus oder lächelten vieldeutig...

Teilnehmer, die aus kaum noch zu verstehender törichter Gutgläubigkeit auf das Werben des sogenannten Arbeitskreises hereingefallen waren, erklärten, dass sie für alle Zeit geheilt wären. Die sehr eindeutigen Zielen dienende grobschlächtige sowjet-kommunistische Propaganda wäre nur allzu sichtbar gewesen und hätte gezeigt, welche Ziele der "Arbeitskreis" verfolge.

-i-

+ + + + +

Anna Siemsen gestorben

sp. Prof. Anna Siemsen, Leiterin des Hamburger Instituts für Lehrer-
ausbildung und Prof. für Literatur an der Universität Hamburg, ist am Montag früh in Bad Homburg verstorben. Anna Siemsen, 1882 in Hamburg geboren, als Lehrerin im ersten Weltkrieg zur sozialistischen Bewegung gekommen, war erste weibliche Beigeordnete für Erziehungsfragen in Düsseldorf, später Oberschulrätin in Berlin, dann Dozentin und Honorar-Prof. an der Universität Jena und reorganisierte neben ihrer Reichstagstätigkeit als Abgeordnete der SPD das thüringische Schulwesen. Ihr mutiges Eintreten für den eliminierten Mathematik-Prof. Gumpel, Heidelberg, zwang sie 1933 zur Emigration in die Schweiz. 1946 von dort zurückgekehrt, war sie u. a. Mitbegründerin der Deutschen Friedensgesellschaft, Präsidentin d. Allgem. Radio-Bundes und wissenschaftliche Mitarbeiterin des Instituts zur Erforschung der nationalistischen Politik. Sie wird eine grosse Lücke hinterlassen. sozial

+ + +

-6-

Justizmord an einem Achtzehnjährigen

sp. Was ist das für ein Regime, das sich in seinen Grundfesten bedroht fühlt, wenn ein Jugendlicher von 18 Jahren Flugblätter verteilt, die gegen dieses Regime gerichtet sind und was sind das für Menschen, die den Jugendlichen deshalb zum Tode verurteilen?

Josef Hermann Flade, 18 Jahre, Oberschüler in Dresden, hatte Flugzettel gegen das ostzonale Regime verteilt, war dabei von einem Volkspolizisten überrascht worden und hatte sich bei seiner Verhaftung mit einem Messer zur Wehr gesetzt. Der Volkspolizist wurde verwundet, war aber nach etwa 8 Tagen wieder im Dienst. Am 14. Januar wurde Flade vom Oberlandesgericht Dresden zum Tode verurteilt. Begründung: "Boykotthetze gegen die DDR" und "Mordversuch an einem Volkspolizisten".

Gäbe es in der Bundesrepublik noch die Todesstrafe und würde man hierzulande gegen die plakateklebenden und demonstrierenden FDJler nach dem gleichen Recht verfahren - die Galgen von Flensburg bis München, von Helmstedt bis Aachen würden nicht leer werden. So begnügt man sich hier damit, solche Leute nach 24 Stunden Haft mit guten Ermahnungen nach Haus zu schicken. Das ist ein Zeichen von einer Stärke, wie sie zehn Todesurteile täglich nicht demonstrieren könnten.

Der Richter, der Flade zum Tode verurteilte, hat gewiss nicht aus freien Stücken gehandelt. Er hat das Urteil fix und fertig schon vor Prozessbeginn zugeschickt bekommen, denn hier musste einmal ein Exempel statuiert werden gegen den immer stärker werdenden Untergrund und Widerstand in der Ostzone. Aber dass die sogenannte Regierung der Ostzone einen Richter gefunden hat, der das Urteil unterzeichnete und verkündete, das zeigt, wie weit die bolschewistische Diktatur auch in der Ostzone schon vermocht hat, den Staat vor das Recht zu stellen. Die Himmler und Freisler, die man seit dem Mai 1945 aus den deutschen Gerichtssälen für immer verbannt wähnte, sind wieder erstanden, nur dass sie jetzt ihre Schandurteile mit Hammer und Sichel zieren statt wie früher mit dem Hakenkreuz.

Die Ostzone muss dazu schweigen; wer dagegen aufbegehrt, würde in russische Bajonette rennen. Aber im Westen darf noch gesagt werden, was es dazu zu sagen gibt. Das muss in diesen Tagen geschehen. Nicht nur, um einen 18jährigen Jungen vor dem kommunistischen Schafott zu retten, sondern auch, um zu beweisen, dass man in einem deutschen Land nicht ungestraft und unbekümmert um die Meinung der freien Welt die Justiz zu einer Dirne des Kremls herabwürdigen darf. Der Richter, der seinen Namen für das Urteil gegen Flade hergegeben hat, soll genau so zittern vor der Wende wie die Richter, die sich von Hitler missbrauchen liessen.

Die Bonner Tagung des Parteivorstands der SPD

Bonn, 21. Januar

Das Kommuniqué
über die Parteivorstandssitzung der SPD vom 20. und 21.
Januar in Bonn hat folgenden Wortlaut:

"Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands hielt am 20. und 21. Januar in Bonn seine regelmässige Sitzung ab. Der Vorsitzende, Dr. Kurt Schumacher, leitete die Tagung mit einer Überblick über die politische Situation ein.

Er ging von der Tatsache aus, dass die Ergebnisse der New Yorker Aussenminister-Konferenz im September 1950 auch heute noch nicht realisiert seien, obwohl selbst die Erfüllung der damaligen Zusagen heute, nach den inzwischen eingetretenen Veränderungen der weltpolitischen Lage, als durchaus unzureichend erscheinen müsste.

Die These "Gleiches Opfer-gleiche Chancen-gleiches Risiko" habe unverändert Geltung und es dürfe sich keinesfalls der auch im Taft-Plan zum Ausdruck gekommene Gedanke durchsetzen, dass europäische Truppen die Hauptlast eines möglichen künftigen Krieges zu tragen hätten, die Amerikaner aber das Schwergewicht ihres Anteils an der Verteidigung Europas auf die Luftwaffe und die Marine legen könnten. Das ganze Problem sei aber eine ausgesprochen politische Frage und werde im allgemeinen viel zu sehr unter militär-technischen Gesichtspunkten bewertet.

Der Kampf um die Tagesordnung der Vierer-Konferenz werde vermutlich Anfang März beginnen. Vor einer Periode der weiteren Klärung könne man dem deutschen Volke nicht zumuten, in der Frage seiner nationalen Selbstbehauptung irgend welche Konzessionen zu machen. Dr. Schumacher befasste sich dann mit der Frage des Mitbestimmungsrechtes, mit der Schwächung der Position der Bundesrepublik durch die unsoziale Politik der Bundesregierung und mit dem Schumanplan, dessen Aussichten er nach dem gegenwärtigen Stand der Verhandlungen ungünstig beurteilte.

In der Diskussion, die die Zustimmung des Vorstandes zu den Darlegungen Dr. Schumachers zum Ausdruck brachte, wurde die kürzliche Einmischung des britischen Hohen Kommissars in die deutsche Politik scharf abgelehnt, da sie eine Zusammenarbeit erschwere und die kommunistischen Argumente im Ergebnis begünstige.

Nach einem Referat von Fritz Heine und nach einer eingehenden Prüfung des vorliegenden Materials stellte der Vorstand fest, dass die folgenden Organisationen in Aufbau und Zielsetzung nicht demokratisch sind: 1. Nauheimer Kreis, 2. Bruderschaft, 3. Erste Legion, 4. Bund Deutscher Jugend. Der Vorstand erklärte deshalb die Mitgliedschaft bei einer dieser Organisationen und die Förderung ihrer Bestrebungen als unvereinbar mit der Mitgliedschaft in der SPD. Ausserhalb der SPD gestellt haben sich die bisherigen Mitglieder Herbert Thamin-Hamburg und Prof. Strecker-Giessen durch die Unterzeichnung der sogenannten Wiesbadener Friedenserklärung vom 16. Januar 1951.

Zur Regierungsbildung in verschiedenen Ländern aufgrund der letzten Wahlen sprachen Wenzel Jaksch über Hessen, Waldemar v. Knöringen über Bayern, Erwin Schöttle über Württemberg-Baden und Franz Neumann über Berlin. Andrés Gayé-Kiel berichtete über die Verhältnisse in Schleswig-Holstein nach den neuen Wahlen. Immer deutlicher

werde, dass die Führung des BHE nicht ernsthaft an der Verwirklichung durchgreifender sozialer Massnahmen arbeite, sondern sich ganz ins Fahrwasser der um Restaurierung bemühten bürgerlichen Parteien begeben habe.

Der Abgeordnete Wehner gab eine eingehende Darstellung des gegenwärtigen Standes der Kriegsgefangenenfrage. Er unterbreitete dem Vorstand sechs konkrete Vorschläge. Sie zielen u.a.darauf ab, einen allgemeinen Arbeitsstab zu bilden, der für eine weitestgehende Koordinierung der zahlreichen Organisationen und Suchdienste, die sich mit der Kriegsgefangenenfrage befassen, und der Ergebnisse ihrer Arbeit sorgen soll. Wehner wies darauf hin, dass diese zuverlässige Gesamtaufstellung mit grösstem Eifer betrieben werden müsse, da am 30.4.die von der UNO eingesetzte Kommission mit ihrer Nachprüfungsarbeit in allen Ländern, in denen sich noch deutsche Kriegsgefangene befinden, beginnen wird und diese Kommission selbstverständlich über die denkbar zuverlässigsten Unterlagen verfügen muss.

Erich Ollenhauer berichtete über den neuesten Stand der Entwicklung in Saargebiet. Er wies darauf hin, dass in letzter Zeit ein wesentlicher Wandel in der Auffassung des grössten Teiles der Bevölkerung hinsichtlich der wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse eingetreten sei, und zwar im Sinne einer deutlichen Abkehr von der gegenwärtigen Saar-Regierung. Der Parteivorstand beschloss eine Reihe von organisatorischen und politischen Massnahmen, um die Saarpolitik der deutschen Sozialdemokratie zu aktivieren.

Wilhelm Mellies erstattete einen ausführlichen Bericht über die Tätigkeit der Bundestagsfraktion seit der letzten Vorstandssitzung.

Weiter wurden der sozialpolitische und der wirtschaftspolitische Ausschuss beim Parteivorstand gewählt. Der sozialpolitische Ausschuss setzt sich danach zusammen aus den Mitgliedern Dr.Walter Auerbach, Erich Bühlig, Otto Dannebohm, Paul Fleischmann, Rudolf Gerstung, Dr.Hermann Karl, Lisa Korpeter, Anni Krahnstöver, Lotte Lemke, Richard Oechele, Prof.Dr.Ludwig Preller, Willy Odenthal, Willi Richter und Dr.Walter Schiffel.

Dem Wirtschaftspolitischen Ausschuss gehören an: Dr.Viktor Agartz, Prof.Fritz Baade, Gert v.Eynem, Bruno Gleitze, Franz Grosse, Dr.Harald Koch, Dr.Gerhard Kreyseig, Prof.Dr.Erik Nölting, Rudolf Pass, Dr.Erich Potthoff, Dr.Heinz Potthoff, Prof.Dr.Preller, Prof.Dr.Rittig, Dr.Joachim Schöne, Dr.Heinrich Tröger, Dr.Hermann Veit, Prof.Dr.Gerhard Weisser.

Zum Vorsitzenden des Kommunalpolitischen Ausschusses, dessen Zusammensetzung im einzelnen erst auf der nächsten Vorstandssitzung beschlossen werden soll, wurde Andreas Gayk-Kiel gewählt.

Auf der COMISCO-Tagung in London, am 2.bis 4.März 1951, wird die SED durch den stellv.Vorsitzenden Erich Ollenhauer und Prof.Erik Nölting vertreten sein. Die nächste internationale Vollversammlung von COMISCO, für die ein Termin Anfang Juni vereinbart worden war, wird voraussichtlich in Frankfurt a.M.stattfinden. Zu der Konferenz der sozialistischen Hilfsorganisationen am 11.2.werden Alfred Nau vom geschäftsführenden Vorstand und Lotte Lemke von der Arbeiterwohlfahrt nach Brüssel fahren.

Die nächste Sitzung des Parteivorstandes ist für den 9.und 10.März in Bonn vorgesehen."

+ + + + +